

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 10 M., durch Boten bezogen monatl. 11 M., bei Postbezug monatl. 11,50 M. frei Haus. Erscheint werktägl. nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto Leipzig 16 664. Geschäftsstelle Güterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Reg. Mill. Sakraum 60 Pf. und der Reg. Mill. Kellerraum M. 3.- Die laufende Monatsausgabe wird vom Besteller auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit M. 7.50 in Zahlung genommen. Abfertigung 75 Pf. Porto des Vorm. Anzeigenblatt 11 Uhr vorm. Febr. 100. Belegnummer in bezogen.

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg
(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Balz.)
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 28.

Donnerstag den 2. Februar 1922.

162. Jahrgang.

Der Beginn des Eisenbahnerstreiks. Lahnlegung des Durchgangsverkehrs.

Die Streiklage.

Merseburg, 2. Febr. Der Eisenbahnerstreik hat sich hier bereits in den frühen Morgenstunden bemerkbar gemacht. Die Schnell- und Personenzüge aus Berlin sind völlig ausgesetzt, dagegen sind die Nachzüge aus dem Süden, allerdings mit Verspätung, noch durchgekommen. Die Postzüge Halle-Thüringen sind noch gefahren. Dagegen sind die Züge 8^o und 9^o ab Merseburg nach Halle ausgesetzt. Die Arbeiterzüge in der Richtung Mücheln und Witten verkehren noch regelmäßig. Das Bild kann sich jedoch jeden Augenblick ändern und es hat den Anschein, daß der Verkehr doch mehr behindert wird, als man erwartet hatte. Der Güterverkehr ruht vollkommen.

Wie uns von der elektrischen Überlandbahn mitgeteilt wird, hat der Verkehr von hier bisher noch befreit werden können. Die Bahn fuhr heute morgen bereits mit großen Anhängern. Es sind Vorbereitungen getroffen, einen viertelstündigen Verkehr einzurichten für den Fall, daß wegen Ausfalls der Züge der Anhang ein stärkeres werden sollte. Ob dieser sich wird durchführen lassen, läßt sich nur ersehen, nicht bestimmt voraussetzen. Der Eisenbahnerstreik wird jedenfalls große Anforderungen an den Betrieb und das Personal stellen; hoffentlich ist sich dieses seiner Pflicht gegenüber der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, bewußt, indem es dieser nicht der Versäumnis- und Arbeitslosigkeit veranlaßt.

Im folgenden geben wir die über die

Streiklage im Reich

eingegangenen Meldungen wieder.

Halle, 2. Febr. Der Hauptbahnhof ist durch Sipo besetzt. Die Züge sind hier angehalten. Bis zum Morgen wurden noch alle Züge abgelassen, sämtlich mit der Order bis zur Bestimmungsort zu gehen, also nicht nur bis zu den für Arbeiterzüge wichtigen Stationen. Die Züge sind mit allem nötigen Personal besetzt. Nur vereinzelte, nicht so wichtige Züge fallen aus. Die Eisenbahndirektion rechnet damit, daß die in der Reichsgewerkschaft organisierten Eisenbahner den Verkehr lahmlegen werden. Der Güterverkehr ruht.

Leipzig, 2. Febr. Die Folgen des Streiks der Eisenbahner machen sich auch bereits in Leipzig geltend. Am Mittwochabend sind die Züge, die um 10.45 Uhr und 10.45 Uhr in der Richtung nach Zeitz und Gerbtha abfahren sollten, bereits nicht mehr verkehrt, da sich die Schaffner und Lokomotivführer weigerten, zu fahren. Die Reisenden mußten wieder aussteigen, wobei es zu Unruhen kam, die jedoch keine ernsthafte Natur annahm. Die Sicherheitspolizei hat Anordnungen erlassen, geeignete Maßnahmen vorzubereiten. Nach 11 Uhr abends konnten vom Leipziger Hauptbahnhof nur noch die Züge abfahren, die von auswärtigem Personal geführt wurden.

Berlin, 2. Febr. Für heute ist immerhin mit einer vorläufigen Einschränkung des Fern- und Vorortverkehrs zu rechnen. Die neuen Beschlüsse müssen erst freidenklich, das heißt mit der Lage der Signale und Stellwerke auf der von ihnen zu befahrenden Linie vollkommen vertraut gemacht werden. Die eigentlichen Gründe der Streikbewegung werden, soweit sich bisher überlegen läßt, Teile Norddeutslands und Westdeutslands (mit Ausnahme des Rheingebietes) und Sachsen sein. Die Zentrale der kommunistischen Partei hat an den Vorstand der beiden kommunistischen Parteien und den allgemeinen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf die Veranlassung der Reichsregierung vom 1. Februar,

die sie als ungesetzlich bezeichnet, die genannten Körperschaften ersucht, mit der Zentrale der kommunistischen Partei über die Mittel zu beraten, die seitens der Arbeiterorganisationen angewandt seien, um die Regierung zur Währungsabgabe dieser Maßnahme zu veranlassen.

Hamburg, 2. Februar. Man erwartet für den Direktionsbezirk Altona-Hamburg die Stilllegung des Betriebes um Mitternacht. — In Hamburg wurde in einer Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes vordienstag Neutralität proklamiert. Die Eisenbahner der Altona-Bezirk und der Altona-Bezirk Eisenbahngesellschaft werden sich an dem Streik der Reichseisenbahner nicht beteiligen. Der Verkehr auf diesen Strecken bleibt aufrechterhalten.

Dresden, 2. Febr. Im Hauptbahnhof herrschte gestern abend ungewöhnliche Stille. Das Postkorn hielt sich offensichtlich zurück. Nur wenige Reisende suchten die letzten abgehenden Züge zu erreichen. In der Vorhalle des Bahnhofs standen Gruppen von Eisenbahnangestellten besonnen und man wartete auf eine Gegenorder aus Berlin. Als diese bis 12 Uhr nachts nicht eingetroffen war, wurde der ausgegebene Streikparole Folge geleistet. Zeit 12 Uhr nachts hat somit der Streikverlauf aufgehört.

Hannover, 2. Februar. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Im hiesigen Direktionsbezirk sind zurzeit einige Teilstrecken zu verzeichnen.

Karlsruhe, 2. Februar. Wie weit sich das Eisenbahnerpersonal in Baden an dem Streik beteiligen wird, steht noch nicht fest. Die Eisenbahnerverwaltung wird alles versuchen, mit arbeitsfähigem Personal den Güterverkehr aufrechtzuerhalten, soweit es lebenswichtige Güter umfaßt. Die Aufrechterhaltung eines aus nur beschränkter Personenvorgang kann noch nicht in Aussicht gestellt werden. Streikende Eisenbahnenbedienstete dürfen die Eisenbahnanlagen nicht betreten. Arbeitsunfähige werden mit Ausweisen versehen.

Die harte Saft im Westen.

Die Reichsgewerkschaft drückt sich.

Wien, 2. Februar. Die interalliierte Arbeitslosenkommission in Wien äußert sich über die Streiklage, daß die Reichsgewerkschaften in Österreich im Zusammenhang mit dem Streik der Eisenbahner im letzten Gebiet nicht zu dulden. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft des Direktionsbezirks Wien gab die Erklärung ab, daß die Reichsgewerkschaft beschlossen hat, den Streik nicht auf das besetzte Gebiet auszudehnen.

Die oberösterreichischen Eisenbahner gegen den Streik

Katowitz, 2. Februar. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß durch die besonderen Verhältnisse in Oberösterreich und infolge der Besetzung der oberösterreichischen Eisenbahner hier ein Streik nicht zu erwarten ist. — Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die interalliierte Kommission in Wien ähnliche Bestimmungen erlassen werde wie im Westen.

Scharfe Streikabkündigung der übrigen Eisenbahnerverbände.

Berlin, 2. Februar. Der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter hat eine Entschiedenheit veröffentlicht, in der es heißt: Die Reichsgewerkschaft hat es vermieden, sich mit den übrigen großen Organisationen der Eisenbahner in Verbindung zu setzen und dadurch auf eine Einheitsfront verzichtet. Damit ist der Bewegung von vornherein jede Möglichkeit eines durchschlagenden Erfolges genommen. Gegen alle Gewerkschaftsgründungen läßt der Streikbescheid die erforderliche Arbeit nicht möglich sein. In eigentlichen geschäftsführenden Vorstand der Reichsgewerkschaft ist das Schwenkbildnis sogar 2.4. Die Lage des besetzten Volkes ist zurzeit die allerangriffs. Angesichts aller dieser Dinge lehnt der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter den Eisenbahnerstreik der Reichsgewer-

Der Eisenbahnerstreik ein Vorspiel?

Der lahmgelegte und bemerkt gezeigter Verkehr des Eisenbahnerstreiks, welcher in der heutigen Nacht zur teilweisen Ausbesserung gekommen ist, bedeutet eine Manifestation der Arbeiterkraft gegen den Staat. Die kommunistischen Parteimitglieder, deren Tätigkeit der „Eisenbahner“ zu danken ist, hüten sich aus begründlichen Gründen, den Streik als einen politischen zu proklamieren und öffentlich zum Generalstreik auszurufen. Sie tun so, als handele es sich nur um einen rein wirtschaftlichen Streik, wenn es aber handelt sich um die Erörterung der Möglichkeit einer Erfüllung der Eisenbahnerforderungen im Ausmaß von 60 Milliarden Mark fähig sich einzulassen.

Ein Wirtschaftsstreik, eine Arbeitsschließung in ihrer Wirkung und Ausdehnung, sobald die Beschäftigten fortgesetzt sind, betriebs erzeugen. Dieser Schritt verleiht sich für ein Staatsunternehmen, an dessen Fortbestand nicht nur Beamte und Arbeiter, sondern die Beschäftigten der Staatskasse auf Gehalt und Gehaltsinteressen sind. Ein moderner Staat ohne Eisenbahnen ist undenkbar; wer sie in der Hand hat, ist der mächtigste Regierende, und darum ist dieser Streik eminent politischer Natur. Die „Aktion“ deutet nicht auf die sie kennzeichnenden Tugenden die Karten vorlegt an, in dem sie erklärt, dem ganzen Nachschub des kapitalistischen Staates gegenüber „bedeutend die einzigen Eisenbahner und Beamten eine große Macht“. Wer die größere Macht besitzt, regiert. In diesen Sinne eine winnige Minierarbeit, was mit anderen Worten die Proklamierung der Eisenbahnerpolitik und nicht anderes ist. Was der Reichstag und das Kabinett beschließen, was sie wollen, wenn die Eisenbahnerangelegenheiten überbrücken, hat sich die Regierung zu fügen. Die Streikbewegung haben sich als auf die Plattform der Unabhängigkeit und Kommando zu bewegen, und ihnen ihre eigenen Geschäfte zu fördern glauben, arbeiten sie lediglich im Sinne jener kommunistischen Elemente.

Es kann nicht daran gewagt werden, daß auch hinter dieser neuen kommunistischen Aufschwung politische Machenschaften und Absichten der Arbeiterbewegung nicht zu übersehen sind. Die Arbeiterbewegung hat sich als auf die Plattform der Unabhängigkeit und Kommando zu bewegen, und ihnen ihre eigenen Geschäfte zu fördern glauben, arbeiten sie lediglich im Sinne jener kommunistischen Elemente. Es kann nicht daran gewagt werden, daß auch hinter dieser neuen kommunistischen Aufschwung politische Machenschaften und Absichten der Arbeiterbewegung nicht zu übersehen sind. Die Arbeiterbewegung hat sich als auf die Plattform der Unabhängigkeit und Kommando zu bewegen, und ihnen ihre eigenen Geschäfte zu fördern glauben, arbeiten sie lediglich im Sinne jener kommunistischen Elemente.

Es kann nicht daran gewagt werden, daß auch hinter dieser neuen kommunistischen Aufschwung politische Machenschaften und Absichten der Arbeiterbewegung nicht zu übersehen sind. Die Arbeiterbewegung hat sich als auf die Plattform der Unabhängigkeit und Kommando zu bewegen, und ihnen ihre eigenen Geschäfte zu fördern glauben, arbeiten sie lediglich im Sinne jener kommunistischen Elemente.

Die württembergische Landesstelle der Reichsgewerkschaft gegen den Streik.

Stuttgart, 2. Februar. Die Landesstelle Württemberg der Reichsgewerkschaft teilt zu dem Berliner Streikbescheid mit, daß der Vorstand der Landesstelle nicht in der Lage sei, ohne weiteres dem Streikbescheid der Reichsgewerkschaft, der keinen Abstimmungscharakter und den allgemeinen aus-

Kritik zur sozialpolitischen Gesetzgebung.

Unsere sozialpolitische Gesetzgebung ist seit der Revolution in einen Zustand der Lieberproduktion eingetreten, deren üble Folgen sich nach verschiedenen Richtungen hin geltend machen.

Unsere Gesetzgebung hat sich auf eine Massenfabrikation eingestellt, die ungenühere GesetzmäÙigkeiten verfertigt. Hier wäre der gegebene Punkt, an dem man einleiten müÙte, um unsere gemachten Staatsausgaben auf dem Gebiete der Gesetzgebung herabzumindern.

Wie auf kulturlosen Gebieten, so sind wir auch in der Wirtschaft auf bestem Wege, einer MittelmäÙigkeit entgegenzueilen, die verhängnisvoll werden muß.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Februar 1922.

Zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Entfaltung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Abg. Rambaß (D.-R.) tritt für die Beteiligung der Angestellten durch kleine Aktien an Aktiengesellschaften ein.

Abg. Aufhäuser (H.) vermißt das System der kleinen Aktien, in dem natürliche Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Kapitalisten nicht ausgetragen werden können.

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobson.

(Radbruch verboten.)

„Die Leute sind hier nicht anders als anderswo“, sagte sie zu Morrell. „Sie wollen ihren Wertigkeit haben.“

Der Italiener war fertig. Eine Stunde später prangte der Geist mit Mieselsteinen an den Altarstufen; wäre Zeit dazu gewesen, er hätte ein Bild malen lassen, auf dem Judica über den Turm der Mikalidische hinwegsetzte.

Gegen Mittag traf Judica mit Ulrich in der Manege zusammen; sie pflegte täglich zu üben, hatte es aber heute unterlassen; Westen tritt wie immer seinen Anmarsch.

Als er des Mädchens ansichtig wurde, blieb er ab und trat mit allen Zeichen der Erregung zu ihr.

„Ich habe es heute gelesen, Judica, und mich über die Sache informiert. Ist es wahr, daß die Hürde nicht nur für, sondern daß sie zwei Meter hoch sein wird?“

„Wohlgut ist richtig, lieber Freund.“

„Aber ich kenne ihre Fatme; das schafft sie nicht!“

„Wenn sie ihren guten Tag hat, ist es möglich, sonst freilich.“

„Bist du ein Unglück!“

„Wir tragen alle unser Dornenhieb“, sagte das Mädchen gelassen. „Jedenfalls wollte ich die Stute nicht vorzeitig kopfschlagen, denn wenn sie bei der Probe ausbleibt, kriegt sie ja heute abend gar nicht hinüber. Man muß auch mal so danke spielen.“

„Dann reiten Sie wenigstens meinen Anmarsch. Er ist größer und hat bei dem Rennen schon sämtliche Hindernisse genommen.“

Judica freischelte dem Rabben lieblos das glänzende Fell.

„Es wäre schade um das schöne Tier. Geht er denn überhaupt unter dem Dornenfattel?“

„Ja.“

„Ach so — Sie hat ihn wohl geübt!“

Rebner beantragt, den Betriebsräten auch in den Vorständen der Bergwerksvereinigungen eine Vertretung zu verschaffen.

Ministerialdirektor Dr. Ritter betont, die Vorlage solle ein Ausführungsgeßes zum Betriebsrätegeßes sein. Darum könne man in diesem Rahmen nicht die Frage der kleinen Aktien regeln.

Auch in dritter Lesung wird die Vorlage in dieser Form angenommen.

Die allgemeine Aussprache über den Etat

wird schon fertiggestellt.

Abg. Dr. Geyer (som. Arbeitgeßem.) erklärt, der Etat sei der beste Beweis für das Vorwärtigen des spekulativen Elements in der Finanzverwaltung.

Abg. Frohlich (Komm.) gibt seiner Empörung Ausdruck, daß bei kommunalwirtschaftlichen Neben sein Regierungsvertreter im Grunde sei, und besagt sich über die Einkommenslosigkeit der Abgeordneten.

Damit schließt die Staatsdebatte. Das Haus verlegt sich auf Dienstag, 7. Februar.

Politische Rundschau

Die Verhandlungen mit Rußland.

Von unterrichteter Seite erfährt unser Berliner Vertreter, daß sich zwischen Rußland und England ein immer besseres Verhältnis anbahnt, und daß man in deutschen Regierungskreisen dahin unterrichtet ist, daß die Sowjetregierung Verhandlungen mit England, solchen mit Deutschland vorzieht.

(Diese Angaben sind den Beobachtern stets ungenügend gewesen. Ob sie gehalten werden, ist nach auch noch zweifelhaft.)

Am den Washingtoner Botschaftsverweilen.

Nachdem Dr. Hermes es abgelehnt hat, nach Washington als deutscher Botschafter zu gehen, hauptsächlich auf Anraten des Zentrums, ist man im Auswärtigen Amt völlig im Stillen, wenn man nach Washington senden soll.

Die Wohnungssteuer.

Die preussische Ausführlingsverordnung.

Zur Ausführung des abgeänderten Kommunalabgabengesetzes hat die preussische Regierung eine Anweisung zu erlassen, deren Entwurf sie jetzt dem preussischen Staatsrat vorgelegt hat.

1. Die aus der Wohnungssteuer aufkommenden Mittel dürfen lediglich zur Förderung der Wohnungsbauwirtschaft und der Steuer verwendet werden.

2. Die Steuer ist nach der Zahl der steuerpflichtigen Wohnräume allein oder in Verbindung mit der Größe der Wohnfläche, nicht aber nach der Größe der Wohnfläche allein zu bemessen.

3. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens drei, für zwei Personen mit gemeinschaftlichen Haushalt wenigstens vier, im übrigen mindestens so viel Wohnräume, als die um eine vermehrte Zahl der zum Haushalt des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt.

4. Räume, welche ausschließlich oder vorwiegend zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt werden, sind bei der Berechnung der Steuer nicht zu zählen.

5. Mehrere Wohnungen an einem Orte sind bei der Berechnung der Steuer zusammenzufassen.

6. Alle Wohnräume gelten insbesondere nicht: Aste, Gang, Vorhof, Veranda, Küche, Abort, Bad, Abort, Zelle, soweit letztere nur als Durchgangsraum in Betracht kommt, sowie die Räume, die nach gesetzlicher oder polizeilicher Vorschriften nicht bewohnt werden dürfen.

7. Die Steuer darf in ihrer Gesamtheit den Betrag nicht übersteigen, der bei gleichmäßiger Verteilung der Miete auf alle Wohnräume dem Verhältnis des Mietwertes der betreffenden Wohnräume zur Gesamtmiere der Wohnung entspricht.

8. Auf Grund tritt eine Befreiung von der Steuer ein, wenn sich bei Anwendung der Bestimmungen besondere Härten für die Steuerpflichtigen ergeben.

9. Wohnungen, welche nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt und nicht mehr als sechs Wohnräume enthalten, bleiben von der Abgabe befreit.

10. Auf Grund anderweitig genehmigter Steuereremtionen sind von diesen Grundbesitzern abzugeben. Derselben Wohnungssteuereremtionen bis zum 1. Oktober 1922 erhoben werden.

Die Verordnung betont aber, daß Wohnungskultur dem Wohnungszug nicht gleichzusetzen sei. Deshalb dürfen besonders die Eße für das erste und zweite Feuerbare Zimmer nicht abemäßig hoch sein. Wichtig ist auch, daß die Steuer nur dort geschäftsfertig sei, Eingang zur Manege lag.

Die Lage zu seiner Rechten war noch leer, aber sie mußte schon im voraus belegt sein, denn der Kaiser melobte den Verkauf sämtlicher Willetts und noch immer hatten die vier Stühle ihrer Eigentümer: Dann als schon die Dornwürde einsetzte, erschienen zwei Männer, die äußerlich sehr verschieden waren, aber beide die Aufmerksamkeit des Publikums festhielten.

Ein Weiler und ein Negor, ansehnliche Herr und Diener; der letztere nahm hinter seinem Gebieter in der Lage Platz. Der Weiler war ein etwa vierzigjähriger Mann von ausgesprochen angestricheltem Bsp, wenn auch zweifelhaft blos, ob England oder Nordamerika die Ehre hatten, sich sein Vaterland zu nennen. Seine hager, knochige Gestalt war in einen weiten unfertigenen Jacketanzug gehüllt, auf dem Kopf trug er den unermüdlichen glänzenden Zylinderhut.

Solche Erscheinungen fielen in Hamburg nicht auf, aber der Fremde trat in seiner hellen Kravatte einen ungewöhnlich großen schwarzen Diamanten und das Feuer dieses kostbaren Juwels war so klar, daß bei jeder Bewegung seines Eigentümers ein Strahlenbündel ausstrahlte. Wenn das Bild sich war, dann mußte es einen sehr bedeutenden Wert besitzen, und der Mann sah nicht danach aus, als ob er unedle Sachen trüge; seine hochberühmten Hände waren übrigens vollkommen ruhig.

Der Negor konnte als Brautgeßmaler der aristokratischen Klasse gelten. Er trug keine Brille, sondern steckte in einem lauberen Matrosenanzug, der die mächtigen Glieder beunruhigend; denn er schaukelte nach amerikanischer Sitte mit dem Stuhl und hatte das eine Bein über das andere gelegt.

Noch während der Kunst pflegte, sagte sich der Weiler des Diamanten über die Wirkung der Direktorloge und sagte auf Englisch:

„Signor Morrell, vermittelst?“

„Zu dienen, Ritter.“

„Beru ist mein Name — John Beru. Sie gestatten, wohl, daß ich während der Pause Ihren Stall besichtigte.“

„Aber sehrverständlich, Ritter Beru!“

(Fortsetzung folgt.)

